

Pressemitteilung

Präsident des Zentralen Immobilien Ausschusses

„Die ‚Ampel‘ hat beim Gebäudeenergiegesetz die Einwände der Praktiker ernst genommen – gut so“

Berlin, **07.07.2022** – Die heute vom Bundestag beschlossene Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) bringt nach Einschätzung des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA) in einem wichtigen Punkt deutliche Verbesserungen gegenüber den ursprünglichen Plänen. „Dass die Abgeordneten bei der Erhöhung des GEG-Standards auf weitere Verschärfungen der Dämm-Vorschriften verzichtet haben, bedeutet einen echten Fortschritt für bezahlbaren Klimaschutz bei Gebäuden“, kommentiert ZIA-Präsident Andreas Mattner die Entscheidung. „Es ist ein gutes Zeichen für die Kommunikation zwischen Politik und Wirtschaft, dass die politischen Entscheider die Bedenken des ZIA ernst genommen und den ursprünglichen Vorschlag in diesem Punkt abgewandelt haben.“ Weiteres Dämmen der Fassade hätte bei Wohnimmobilien kaum Energieeinsparung aufgrund der Dämmstoffverklebung und -herstellung jedoch einen negativen Lebenszykluseffekt gehabt, bei Gewerbeimmobilien wäre der Effekt gänzlich negativ, weil sie sich durch Dämmung aufheizen und daher dann mehr Energie verbrauchen.

Der ZIA hatte bei der Öffentlichen Anhörung im Bundestag nachdrücklich darauf hingewiesen, dass noch höhere Anforderung an die Dämmung als im aktuellen GEG (2020) vorgeschrieben beim Heizwärmebedarf keine nennenswerten Verbesserungen bringt. Mattner: „Die ‚Ampel‘ hat beim Gebäudeenergiegesetz die Einwände der Praktiker ernst genommen – gut so“. Wie die ZIA-Klimastudie von November 2021 gezeigt hat, sind höhere Anforderungen an die Gebäudehülle im Vergleich zur Betriebsoptimierung oder Nutzung erneuerbarer Energien nicht nur weniger wirtschaftlich, sondern sie haben in der Lebenszyklus-Betrachtung oft auch keinen positiven Klimaeffekt.

Der ZIA unterstützt das Ziel der Bundesregierung, mit der Modernisierung des GEG mehr Klimaschutz im Gebäudesektor voranzutreiben. „Die Immobilienwirtschaft ist hier mit aller Kraft dabei“, betont Mattner. „Gerade weil das Ziel so wichtig ist, müssen wir uns auf die Schritte konzentrieren, die nicht nur bei oberflächlicher Betrachtung mehr Nachhaltigkeit verheißen, sondern diesen Anspruch auch wirklich einlösen.“ Die schärferen Anforderungen an die Gebäudehülle, wie sie bei der zunächst geplanten Erhöhung des GEG-Standards auf EH55-Niveau vorgesehen waren, hätten bei zusätzlichen Kosten von rund 430 Millionen Euro lediglich eine Reduktion von etwa 0,5 Millionen Tonnen CO₂ jährlich erbracht. Dies hat der ZIA errechnet. In ihrem Änderungsantrag waren die „Ampel“-Fraktionen von dieser Verschärfung des §16 GEG – baulicher Wärmeschutz – abgerückt.

In Hinblick auf die bereits angekündigte künftige Erhöhung des Neubaustandards auf EH 40-Niveau sollte die Bundesregierung den heute eingeschlagenen Weg fortführen und auch dort den zentralen Fokus auf die Einbindung erneuerbarer Energien und auf Anlageneffizienz legen.

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 30 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

Kontakt

ZIA-Pressestelle

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 23

E-Mail: presse@zia-deutschland.de

Internet: www.zia-deutschland.de

